

# Die Parteien zur Reichskanzler-Rede.

## Der erste Tag der Aussprache.

Nach der Rede des Reichskanzlers im Hauptauschuß des Reichstages, die wir im Hauptblatt ausführlich wiedernehmen, nahmen die Fraktionsredner das Wort. Als erste

### Abg. Gröber (Ztr.):

Die Ereignisse, die zu der heutigen Ausschüßung führten, haben in der Öffentlichkeit größte Beunruhigung hervorgerufen. Für uns hat die heutige Rede des Kanzlers etwas Beruhigendes gehabt. Mit Herrn v. Kühlmann hat ein hervorragend begabter Diplomat das Auswärtige Amt verlassen. Nicht verlassen müssen, sondern vom Reichskanzler ist mitgeteilt worden, daß es ausschließlich auf den Wunsch des Herrn v. Kühlmann geschah. Staatssekretär v. Kühlmann ist nach seiner Rede vom 24. Juni selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine amtliche Stellung unhaltbar geworden war. Auch wir meinen, daß ein Staatssekretär des Auswärtigen nicht Reden halten darf, die derartig vieldeutige Auslegungen zulassen. Mit seiner Rede vom 24. Juni aber hat der Staatssekretär vollends dem Fuß den Boden ausgeschlagen, denn diese Rede hat weder die politischen Gegner gewonnen, noch die anderen Parteien befriedigt. Der Wechsel im Auswärtigen Amt an sich ist nicht zu leicht wegen des Eindruckes auf das Ausland gewiß bedauerlich, aber nach der Lage der Dinge war es das Beste, daß Staatssekretär v. Kühlmann sich zu der Niederlegung des Amtes entschlossen hat. Er ist kein Opfer seiner Unfähigkeit geworden, im Gegenteil: nach unserer Ansicht hat sich Herr v. Kühlmann als tüchtiger Staatsmann erwiesen. Wir erkennen an, daß er uns den Frieden nicht nur mit Rußland, sondern mit dem ganzen Osten vermittelt hat.

In seiner heutigen Rede hat der Reichskanzler seine außen- und innerpolitischen Anschauungen und Absichten rückhaltlos mitgeteilt. Er will, daß an den im November 1917 niedergelegten und vom Reichstag gebilligten Grundsätzen nichts geändert wird. Auf dem Gebiete der inneren Politik hat der Reichskanzler seine Zusagen eingehalten. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung ist bereits Gesetz und bedeutet eine weitgehende Sicherung des Koalitionsrechtes. Das Arbeitstammengesetz liegt gegenwärtig dem Reichstag vor, und es liegt nicht am Reichskanzler, daß noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden worden sind. Auch für die Verzögerung in der Berücksichtigung der preussischen Wahlrechtsvorlage kann der Reichskanzler nicht verantwortlich gemacht werden. Wiederholt hat der leitende Staatsmann unsere Friedensbereitschaft zum Ausdruck gebracht. Wir können aber doch nicht immer dasselbe sagen. Wenn jetzt die Feinde uns mit ernsthaften Friedensvorschlügen kommen, so werden sie selbstverständlich von uns gewissenhaft geprüft werden. Aber wir können nicht unversuchsweise unsere Friedensbedingungen im einzelnen einseitig der ganzen Welt preisgeben und uns damit die Hände binden.

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Bedauerlich ist nur, daß diese wichtige Aussprache unmittelbar vor Tagesende stattfindet. Die Regierung war sich des schlechten Eindruckes bewußt, den der Rücktritt Kühlmanns im Ausland machen muß. Daher die fortgesetzten Versicherungen, es bleibe alles beim Alten, an der Politik würde nichts geändert. Wenn alles beim Alten bleibt, warum ist denn gerade Herr v. Kühlmann gegangen? Jeder sagt sich doch, daß er gegangen worden ist, weil er im Reichstage gesagt hat, daß militärische Erfolge allein uns den Frieden nicht bringen können. Gleich am nächsten Morgen schlugen in der Pressekonferenz die Hauptorganen der Obersten Heeresleitung ein. Man verbot der Presse, aus der Rede des Staatssekretärs vom 24. Juli die einzig möglichen und einzig logischen Folgerungen zu ziehen. Am Nachmittag folgten dann die Reden des Reichskanzlers und des Staatssekretärs, in denen zwar nichts ausdrücklich zurückgenommen wurde, die aber doch das Gegenteil von dem waren, was man von ihnen hätte verlangen müssen. In der Folgezeit setzte die Hehe der alldeutschen Presse ein und nach zwei Wochen stehen wir nun an der Leiche Kühlmanns.

Die Rede vom 24. Juni soll an der Front schlecht gewirkt haben. Wen hat denn der Reichskanzler an der Front gefragt? Wohl nur die Offiziere, die die alldeutsche Presse lesen — die Soldaten sicher nicht, von ihnen würde er ganz etwas anderes gehört haben. Wenn alles so bleiben soll, wie es gewesen ist, warum geht dann die Verurteilung des Herrn v. Hingé anders vor sich als die Verurteilung des Grafen Hertling und des Herrn v. Tayer? Diese beiden Herren haben vor der Uebernahme ihrer Ämter mit dem Reichstag Klärung genommen und dieses Verhalten entspricht auch dem Vorgehen bei der Verantwortung der Papstnote, an der der Siebenerausschuß des Reichstages mitgearbeitet hat. Soll das alles bleiben? Dann darf Herr v. Hingé nicht so stillschweigend kommen, wie Herr v. Kühlmann gegangen worden ist. Die Regierung war sich damals auch bewußt, welche Wirkung dieses Verhalten auf das Ausland haben mußte, auf das Ausland, das keinen Frieden mit uns machen will, weil es behauptet, wir hätten niemand, der Frieden schließen könnte. Der Reichskanzler hat auf die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner verwiesen. Ich verweise auf die aufreizenden Taten unsererseits im Osten, auf die Behandlung der Randvölker. Die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage war auch nicht geeignet, im Ausland einen guten Eindruck zu machen. Der erste Schritt, den das Ausland jetzt zu uns machen soll, wird dadurch ungemein erschwert.

Abg. Scheidemann ging dann auf die Ausführungen des Kanzlers über die Papstnote ein und verwies darauf, daß die Papstnote klar und deutlich von Belgien sprach, während in der Antwort auf die Note die belgische Frage nur sehr weit umschrieben wurde und nur dem genauen Kenner der Friedensentscheidung des Reichstages, auf die die Antwort an Belgien sich bezieht, klar werden konnte, was über Belgien

eigentlich gesagt war. Jetzt ist es an der Zeit, Klipp und Klar zu sagen, was mit Belgien geschehen soll, nämlich, daß wir es herausgeben.

### Abg. Tschbeck (Op.):

Die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 24. Juni wird in der Öffentlichkeit als Ursache des Rücktritts angesehen. Ob jedes Wort der Rede geschickt war oder nicht, darüber braucht man sich jetzt nicht mehr zu streiten. Sicher aber ist, daß viel von außen in die Rede hineingelegt worden ist. Keinesfalls war die Rede dazu bestimmt, unser Heer oder unser Volk mutlos zu machen. Wer die Rede richtig gelesen hat, wird diesen Eindruck nicht haben. Ein Zusammenarbeiten von Reichsregierung und Oberster Heeresleitung ist ebenso selbstverständlich, wie, daß die Oberste Heeresleitung bei wichtigen Entscheidungen um ihren Rat gefragt wird. Wir mißbilligen es aber, wenn ein Vertreter der Heeresverwaltung in der Pressekonferenz, wie es nach der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann geschah, den Staatssekretär gewissermaßen abtanzelt. Der Meinungs-austausch zwischen dem Reichskanzler und den Staatssekretären auf der einen und der Obersten Heeresleitung auf der anderen Seite, sollte direkt und nicht vor aller Öffentlichkeit vor sich gehen. Ueber die Gründe des Rücktritts des Herrn v. Kühlmann muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen wissen, ob der Rücktritt auf die Freiberheiten der Alldeutschen zurückzuführen ist, also einem Sieg dieser Richtung gleichkommt. Klarheit verlangen wir aber auch darüber, daß Herr v. Hingé nicht auf den Wunsch alldeutscher Kreise und im Sinne der Politik dieser Kreise berufen worden ist, sonst kann schwerer politischer Schaden im Inland und Ausland entstehen. Der Reichskanzler hat gemeint, daß der Personenwechsel seinen Systemwechsel bedeutet. Ist das zutreffend, so freuen wir uns darüber und auch über das erneute Bekanntwerden seines Programms vom November 1917. Wir führen in der Tat keinen Eroberungsstrategie, sondern befinden uns in der Verteidigung. Wir wollen uns die wirtschaftliche Freiheit bewahren und uns die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft sichern. Wenn unsere Feinde uns dies zugestehen, so soll der Krieg auch nicht eine Stunde länger geführt werden. Wenn das die Meinung des Kanzlers ist, so nehmen wir gern davon Kenntnis.

Wir verschließen auch nicht unsere Augen vor den Erfolgen, die unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling in der inneren Politik zu verzeichnen sind. So geringfügig wie der Vordränger es hingestellt hat, sind die innerpolitischen Errungenschaften nicht. Die Regierung kann doch nicht gleich das ganze soziale und politische Programm erfüllen. In der preussischen Wahlrechtsfrage ist das Versprechen auf Einbringung einer Vorlage erfüllt worden. Ob die preussische Regierung bei der Durchführung des gleichen Wahlrechts immer eine richtige und zielbewußte Politik getrieben hat, ist freilich eine andere Frage. Wir nehmen Kenntnis von der heutigen Erklärung des Kanzlers, daß alle Mittel zur loyalen Durchführung des gleichen Wahlrechts angewendet werden sollen. Dazu rechnen wir, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird, wenn es in dieser Frage verlagen sollte. Im übrigen warten wir ab, welche Taten den heutigen Worten des Reichskanzlers folgen werden. Wir werden ihn unterstützen, wenn er seine heute gegebenen Zusagen einlöst. Das gilt auch für Herrn v. Hingé, wenn er im Sinne dieser Politik handelt. Für uns handelt es sich nicht um Personen, wir nehmen rein sachlich Stellung. Wir müssen die Verantwortung ablehnen, wenn der Personenwechsel im Auswärtigen Amt den Beginn einer alldeutsch orientierten Politik bedeuten sollte.

### Abg. Graf Weltarp (Konf.):

Gegenüber Meldungen in der Presse, der Reichskanzler habe vor der heutigen Sitzung mit den Parteien des Reichstages Besprechungen abgehalten, stellen wir fest, daß mit den Konservativen nicht verhandelt worden ist. Wir halten die über den Rücktritt des Herrn v. Kühlmann mitgeteilten Gründe für durchschlagend. Wir lassen uns nicht an auf Auseinandersetzungen über die Tüchtigkeit des Herrn v. Kühlmann, denn es ist bekannt, daß wir mit seiner Politik in vielen Punkten nicht einverstanden waren. Wir bedauern, daß hier im Reichstag eine Auflösung des Abgeordnetenhauses zum Gegenstand von Vereinbarungen unter den Parteien gemacht worden ist. Die Antwort auf die Papstnote war nach unserer Ansicht kein Programm unserer Regierung, sondern nur ein diplomatischer Akt. Die Antwort enthält als schwersten Fehler die Vornahme auf die Friedensentscheidung des Reichstages. Im übrigen enthält sie nur allgemeine Grundsätze, unter denen sich jeder alles vorstellen kann und bei denen alles auf die Ausführung ankommt. Unsere Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen, wenn unsere Feinde sich ernsthaft dazu entschließen sollten, ist eine Selbstverständlichkeit. Zweckmäßiger wäre es aber, wenn wir uns mit dieser Bereitwilligkeit, die unseren Feinden bekannt ist, etwas mehr zurückhalten würden. Unrichtig ist, daß Herr v. Hingé der Kandidat der Alldeutschen ist. Wir werden ihm ohne jedes Vorurteil gegenüberzutreten und warten seine Politik ab. Möge Herr v. Hingé das größte Gewicht auf ein enges Einvernehmen und ein reichhaltiges Vertrauensverhältnis mit der Obersten Heeresleitung legen. Dann wird seine Politik von einem lebendigen Bewußtsein der Kraft getragen sein, die unser Volk jetzt gezeigt hat und die nutzbar gemacht werden muß, um Deutschlands Stellung in der Welt zu sichern und zu stärken.

Am Freitag geht die Aussprache weiter.

### Kleine Anfragen.

Der Abg. Ryffel hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten erhalten ihre Wohnung, Brotgeld und Kontributionsgebühren in österreichischer Währung ausbezahlt. Der Kurssturz der österreichischen Währung bedingt für jeden deutschen Soldaten eine finanzielle Schädigung. Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Heeresverwaltung zu veranlassen, daß deutschen Soldaten ihre Bezüge in deutscher Währung ausgezahlt werden?

Eine Anfrage des fortschrittlichen Abg. Gunzer lautet: Die Lage unserer kriegsgefangenen Offiziere, welche das Unklug haben, in Feindeshand zu fallen, ist in wirtschaftlicher und

finanzieller Hinsicht sehr häufig eine äußerst mitleidige. Von dem Tage seiner Gefangennahme an verliert der Offizier jeden Anspruch auf sein Gehalt; wohl wird ihm von dem Staate, in dessen Gewalt er gerathen ist, eine Gefangenenernährung angerechnet, die für den Hauptmann monatlich 150, für den Leutnant 120 Franken beträgt. Von dieser Summe wird aber Kost, Unterkunft usw. abgerechnet und nur der Rest bar ausgezahlt. Dieser Betrag ist meist so gering, daß der Offizier nicht in der Lage ist, das Nötigste an Kleidung oder Kost aus den teuren Kantinen der Lager zu erwerben. Will der gefangene Offizier daher nicht Not leiden, so ist er auf die finanzielle Unterstützung seiner Angehörigen in der Heimat angewiesen; ein Zustand, der vielfach Mißstimmung hervorruft. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Schritte zu unternehmen, welche diese Zustände beseitigen oder wenigstens mildern?